

## KAPITEL 2: SOLIDARITÄT AUFBAUEN, ARMUT BEKÄMPFEN, ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

### SOZIALE ENTWICKLUNG UND MARKTLIBERALISIERUNG

Regierungen schauen den Finanzmärkten zu, während Milliarden Menschen ohne Arbeit in Armut leben

2.1 Die Weltwirtschaft wächst viel zu langsam, als dass sie genügend Arbeitsplätze schaffen oder eine echte Wirkung auf die Armut haben könnte. Die Aussichten für Afrika sind düster; Russland und viele der mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Republiken der ehemaligen Sowjetunion müssen der Phase des steilen Niedergangs erst noch entkommen; der Aufschwung in Lateinamerika wirkt zerbrechlich; und in den Industrieländern hat sich hohe Arbeitslosigkeit festgesetzt. Allein in den rasch wachsenden asiatischen Volkswirtschaften werden Arbeitsplätze in einem Tempo geschaffen, das die Ausweitung der Armut eingrenzen kann; in den restlichen asiatischen Ländern jedoch leben Millionen hungrige Menschen, Millionen im Elend. Ein neuer Ansatz bei der Weltwirtschaftspolitik wird dringend benötigt - die mächtigsten Regierungen dieser Welt scheinen jedoch im Würgegriff der allmächtigen Finanzmärkte gefangen zu sein.

Sozialgipfel unterstreicht Notwendigkeit politischer Kurswende,...

2.2 Als Reaktion auf diese globale Krise hat der Weltgipfel für Soziale Entwicklung von Kopenhagen, die grösste Versammlung von politischen Führer/innen in der Geschichte der Welt, die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Armut zu bekämpfen, Solidarität aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Was jetzt benötigt wird, ist eine Wirtschaftsstrategie zur Erreichung dieser Ziele, die die Versprechungen über mehr Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken in die Tat umsetzt. Die mexikanische Finanzkrise und der Zusammenbruch der Barings Bank unterstrichen den dringenden Handlungsbedarf zu den Diskussionsthemen des Gipfels. Die Versprechen der Regierungen, sich der dort aufgestellten sozialen Prioritäten anzunehmen, müssen eingelöst werden. Das Dogma des freien Marktes, motiviert durch Habgier, verursacht eine politische Lähmung, die entlarvt werden muss, da sie lediglich den Interessen der Machteliten dient und gleichzeitig die soziale Entwicklung untergräbt.

...aber Liberalisierung und Stabilität dominieren noch immer

2.3 Die Tätigkeit aller grossen Akteure der Weltwirtschaftsszene - die wichtigsten Industriestaaten, der IWF, die Weltbank, die OECD - lässt eine tiefe ideologische Bindung an die Liberalisierung der Märkte und die Geldwertstabilität erkennen. Da die meisten Entwicklungs- und Übergangsländer von den IWF-Programmen abhängig sind, die sich auf diese rigiden Theorien stützen, haben sie sich an diese ideologische Linie zu halten. Hier spiegelt sich zum Teil wider, wie rechtskonservative Politiker und Wirtschaftler die G-7-Staaten seit den späten 70er Jahren geführt haben. Die eigentliche Macht liegt jedoch beim Geldmarkt. Die Regierungen sind darauf reduziert, eine Art Wartungsdienst zu leisten, und die Zinssätze je nach Markterfordernissen zu erhöhen oder zu senken.

## *DER BITTERE PREIS FÜR DAS NIEDERREISSEN DES EISERNEN VORHANGS*

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) rechnet damit, dass es 35 Jahre dauern wird, bis die osteuropäischen Einkommen auch nur halb so hoch sein werden wie die durchschnittlichen westlichen Einkommen. Die Kluft verbreiterte sich, obwohl **die Wachstumsrate in den westeuropäischen Ländern** nicht hoch gewesen ist, denn der Produktions- und Beschäftigungsumfang in Mittel- und Osteuropa sank in sämtlichen Volkswirtschaften in den neunziger Jahren beträchtlich. **Durch den Niedergang der alten Zentralplanwirtschaften in den achtziger Jahren war die Wachstumsrate bereits deutlich eingebrochen.** Nach den demokratischen Revolutionen von 1989 bis 91 und der Einleitung des Übergangs zur Marktwirtschaft ist der Lebensstandard des Gros der Bevölkerung aufgrund des Zusammenbruchs der alten Mechanismen und des schmerzhaft langsamen Aufbaus neuer Institutionen und Organisationen noch weiter zurückgefallen.

Die IAO **schätzt, dass die reale Arbeitslosenquote in Russland** mit Sicherheit über 10% liegt. In Bulgarien, wo der reale Mindestlohn 1991 halbiert wurde, verfügten Mitte 1992 73% der Haushalte über ein Einkommen, das unter dem sozialen Mindesteinkommen lag. In Polen verfügen mehr als 50% der Bevölkerung nur über Einkommen, die unter der Armutsgrenze liegen. Der Mindestlohn deckt heutzutage 20% des Mindestüberlebensbedarfs in Russland ab, 24% in Albanien, 61 % in Estland, 64% in Ungarn und 70% in Polen. Die Produktion wird in den Übergangsländern 1994 um 8,3% und 1995 schätzungsweise um 2,1 % gefallen sein. In den meisten Übergangsländern werden die enormen Probleme der Arbeitslosigkeit und der Armut weitenteils von der nationalen Regierung und den internationalen Organisationen ignoriert. Laut Angaben der UNICEF sind von 1989 bis 1993 aufgrund der Verbreitung von Krankheiten und der Zunahme von Todesfällen durch Unfälle, Vergiftungen und Mord die Sterberaten in Bulgarien um 12% und in Russland um 32% gestiegen.

Das Realeinkommen der russischen Bevölkerung verfiel um weitere 5% in der ersten Jahreshälfte 1995, so dass die Zahl der Russinnen und Russen, die mittlerweile unter die Überlebensmindestgrenze fallen, auf 46,5 Millionen geklettert ist - 31 % der Bevölkerung bzw. jede/r dritte/r Russin bzw. Russe ist heute arm. Der nominale Durchschnittslohn von Anfang 1995 lag nicht über 360.000 Rubel. In diesem Zeitraum gingen 38% **des nationalen Einkommens an die wohlhabendsten 10% der Bevölkerung, während lediglich 2,3% an die 10% der Bevölkerung gingen, die die Gruppe mit geringen Einkommen bilden.**

Die wirtschaftliche Instabilität und der ständig fallende Lebensstandard der riesigen Mehrheit der russischen Bevölkerung hat zur Emigration geführt. Etwa 60% der aus Moskau ins Ausland abwandernden Menschen sind qualifizierte Fachleute. Über 4.000 Wissenschaftlerinnen sind allein in den letzten beiden Jahren in die **Vereinigten Staaten ausgewandert Die Kosten der jährlichen Verluste, die die** Länder der ehemaligen UdSSR durch den Weggang dieser geistigen Kapazität erleiden, werden von den Vereinten Nationen mit etwa US\$ 50 Milliarden veranschlagt

QUELLE: EBNE UND IAO

Kurzfristige Aussichten  
auf den Kapitalmärkten  
fördern Spekulation...

2.4 Die Abhängigkeit von den Zinssätzen ist das Ergebnis der Finanzde-regulierung in den 80er Jahren und der politischen Entscheidung, einer niedrigen Inflation Vorrang vor einer niedrigen Arbeitslosigkeit zu geben. Der radikale Abbau der Kontrolle der Kapitalbewegungen hat den ersten wirklich weltweiten Markt der Welt geschaffen. Etwa eine Billion US-Dollar werden auf diesem Markt täglich bewegt - weit mehr als die gemeinsamen Reserven aller grossen Zentralbanken. Letztere können nur wenig tun, um die Wechselkurse auf einer Ebene zu halten, die der wirtschaftlichen Realität entspricht. Das bedeutet, dass selbst Grossunternehmen auf diesem Markt aktiv sein müssen, um sicherzustellen, dass sie keine Geldverluste durch Veränderungen bei den Wechselkursen erleiden. Ihre Finanzstrategie peilt die kurzfristige Spekulation anstelle der langfristigen Investition an.

...und zwingen  
Regierungen zu  
Deflationsmassnahmen

2.5 Auch die Regierungen sind in diesen Zeitzwängen gefangen. Ein rascheres Wachstum würde die Arbeitslosigkeit reduzieren und die Defizite mittelfristig verringern, aber den Regierungen graut vor der Reaktion der Spekulanten auf einen kurzfristigen Boom der Wirtschaft durch Steuerkürzungen oder die Heraufsetzung der öffentlichen Ausgaben. Der Besänftigung der Spekulanten dienten deflationäre Politiken, die den wirtschaftlichen Aufschwung bremsen, die Zunahme von Arbeitsplätzen im Keim ersticken und die Ungleichheit in allen Teilen der Welt anheizen. Verschiedene politische Parteien haben versucht, dies auf unterschiedliche Art und Weise anzugehen; einige haben versucht, die am meisten benachteiligten Gruppen der Bevölkerung vor den härtesten Folgen der Haushaltseinsparungen zu schützen. Niemand konnte jedoch die Zwangsjacke der internationalen Finanzmärkte lockern.

Schuldenkrise  
schwelt weiter

2.6 Der Fortbestand der Aussenverschuldung in riesigem Umfang in vielen Entwicklungsländern, und vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, stellt ein Hindernis für die Bemühungen zur Stabilisierung der Volkswirtschaften dar. Jedes Kind, das in diesen Ländern auf die Welt kommt, wird in die Verschuldung geboren. Der Versuch, die Probleme in diesen Ländern zu lösen, einschliesslich der Folgen der Internationalisierung der Wirtschaft, ist utopisch, wenn nicht Lösungen für das Schuldenproblem gefunden werden.

Konzertierte  
internationale  
Massnahmen  
unerlässlich

2.7 Die Gewerkschaften mussten sich der Tatsache stellen, dass eine geänderte Zusammensetzung der Regierung kaum eine Wirkung auf die makroökonomische Politik hatte. Die wirtschaftliche Globalisierung hat dafür gesorgt; an jedem siebten Aktienkauf weltweit ist ein ausländischer Käufer beteiligt, so dass einzelstaatliche Regierungen die Kontrolle der Kapitalströme nicht wieder einführen können, da dies den Exporten und den Investitionen schaden und Arbeitsplätze vernichten würde. Massnahmen gegen die Wechselkursschwankungen und für ein Wirtschaftswachstum - der einzige Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Reduzierung der Armut - verlangen eine konzertierte Aktion von den drei grossen Wirtschaftsmachtblöcken Nordamerika, Japan und Europa. Darüber hinaus bedarf es einer breiten Unterstützungsbasis in den Entwicklungsländern, wenn die sozialen Prioritäten, die der Gipfel von Kopenhagen definiert hat, nicht von finanziellen Zwängen verdrängt werden sollen.

### *INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPARTNERSCHAFT UNTERSTÜTZT LOKALE ORGANISIERUNG*

Am 22. Juli 1994 setzten die Beschäftigten bei der Bibong Apparel Corporation in der Dominikanischen Republik ihren ersten Tarifvertrag in der langen Geschichte der Freien Exportzonen (FEZ) des Landes durch. Am 22. November 1995 unterzeichneten die Beschäftigten von Bonahan Apparel Company, einer weiteren Fabrik in einer FEZ der Dominikanischen Republik, einen Tarifvertrag, nachdem sie erfolgreich legal gestreikt hatten. Beide Siege wurden durch den Mut und das Durchhaltevermögen der Beschäftigten in den FEZ möglich und durch eine hervorragende, beispielhafte internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Eine internationale Partnerschaft, an der die IBFG-Mitgliedsorganisation in der Dominikanischen Republik, CNTD, und deren Mitglied, der Bund der Beschäftigten in Freien Exportzonen (FENATAZONAS), die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) und ihre Interamerikanische Regionalorganisation FITTCC-ORI, die American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), ihr Amerikanisches Institut für Freie Gewerkschaftsentwicklung (AIFLD) und zwei AFL-CIO-Mitgliedsorganisationen, die sich seither zur UNITE zusammengeschlossen haben, beteiligt waren, entwickelten eine sorgfältig geplante und koordinierte Organisationsstrategie, die sie sodann durchführten.

Die Strategie stützte sich darauf, auf ausgewählte Unternehmen Druck auszuüben, ebenso wie auf die Regierung, um ein aggressives Organisieren vor Ort, das Profiorganisatoren mit entsprechenden gewerkschaftlichen Schulungsveranstaltungen für die neuen Mitglieder begleiteten, ganz direkt zu unterstützen. Die Partnerschaft gewährte den gewerkschaftlichen Organisator(inn)en Unterstützung, bot Rechtsbeihilfe und andere fachliche Ratschläge und Schulung an. Die Organisierungskampagnen wurden ergänzt durch die Ausübung von Druck auf die in den Vereinigten Staaten ansässigen Konzernkunden der ausgewählten Unternehmen und durch den Rückgriff auf Bestimmungen über die Arbeitnehmerrechte im Allgemeinen Zollpräferenzsystem (GSP) des US-amerikanischen Handelsgesetzes. Nachdem damit gedroht worden war, dass der Dominikanischen Republik die Handelsprivilegien aberkannt werden könnten, revidierte die Regierung das Arbeitsgesetz, so dass Gewerkschaften in FEZ zugelassen wurden. Während der Organisierungskampagne bei Bibong zwang die Androhung von GSP-Sanktionen die Regierung, dieses neue Gesetz durchzuführen.

Die Androhung von GSP-Sanktionen in den Kampagnen in der Dominikanischen Republik zeigt, wie Sozialklauseln in Handelsvereinbarungen funktionieren würden. Der Zweck bestand nicht darin, die Exporte zu unterbinden, sondern die Beschäftigten zu schützen. Dort, wo internationale Handelsbestimmungen ein positives Klima für Gewerkschaften schaffen, haben die Basisorganisator(inn)en eine Möglichkeit, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinzuarbeiten. Unter anderem aufgrund des Ergebnisses dieses Experiments haben die ITBLAV und die AFL-CIO in ihren leitenden Strukturen Ausschüsse eingerichtet, über die strategische Ansätze für internationale Organisations- und Solidaritätskampagnen gefördert werden sollen.

QUELLE: AFL-CIO, ITBLAV UND ORIT

## DAS PROGRAMM DER KONZERNE FÜR WELTWEITEN HANDEL UND INVESTITIONEN

- Multis beherrschen Welthandel und Investitionen,...
- 2.8 Da die Unternehmen nun imstande sind, das Kapital und die Produktion beliebig in der ganzen Welt herumzuschieben, werden die meisten Kernentscheidungen über Handel und Investitionen von Privatunternehmen getroffen. Einhundert transnationale Gesellschaften (TNG) tätigen etwa ein Drittel aller ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Sowohl direkt als auch durch eine ganze Kette von Auftragsvergaben und Verteilungssystemen, die sie kontrollieren, haben sie eine enorme Wirkung auf Arbeitsplätze und Einkommen in aller Welt. Ende 1993 betrug der Umsatz ausländischer Tochtergesellschaften von TNG 5,8 Billionen Dollar und lag damit über den 4,7 Billionen Dollar an Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen. Etwa ein Drittel des gesamten internationalen Handels fand zwischen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen desselben Unternehmens statt (innerbetrieblicher Handel). Die ausländischen Direktinvestitionen wuchsen 1993 doppelt so rasch wie der Handel, und seit 1991 übersteigen sie die Inlandsinvestitionen sowohl in den Übergangs- als auch in den Entwicklungsländern.
- ...lassen jedoch die meisten Länder links liegen
- 2.9 Sowohl der aufgelaufene Bestand der ADI als auch ihr jährliches Wachstum ist sehr ungleich verteilt. Auf Gesellschaften mit Sitz in den entwickelten Ländern entfallen 97% des Gesamtbestandes an ADI. Drei Viertel hiervon sind in entwickelten Ländern investiert. 1993 und 1994 nahmen die transnationalen Investitionen in Entwicklungsländern rapide zu - allerdings flossen alleine 80% dieser Zuwachsrate nach China. Von dem Restbetrag floss das Gros in lediglich neun andere Länder (Singapur, Argentinien, Mexiko, Malaysia, Indonesien, Thailand, Hongkong, Taiwan und Nigeria). Die 47 ärmsten Staaten der Welt erhielten lediglich 0,7% des Gesamtbetrages der weltweiten Investitionen von TNG.
- Entwicklungsländer auf Privatinvestoren angewiesen, da Entwicklungshilfe sinkt
- 2.10 Die offizielle Entwicklungshilfe ging 1994 sowohl insgesamt als auch als Anteil des BSP der Industriestaaten zurück. Sie lag bei knapp über 56 Milliarden US-Dollar im Jahr 1993 und beträgt damit etwa drei Viertel der TNG-Investitionen in Entwicklungsländern, wobei die Hälfte in die afrikanischen Staaten südlich der Sahara und nach Südasien fließt. Darüber hinaus machen die ADI lediglich etwa ein Drittel aller privaten Investitionen in den Entwicklungsländern aus. Die Deregulierung und Privatisierung hat einen erheblichen Zuwachs bei den grenzüberschreitenden Investitionen in Aktien nach sich gezogen. Diese Investitionen verändern in dramatischer Weise das Tempo und den Umfang des privaten und häufig spekulativen Kapitalstroms, konzentrieren sich jedoch auf etwa ein Dutzend asiatische und lateinamerikanische Länder mit einem im wesentlichen durchschnittlichen Einkommen. Selbst ein Jahrzehnt nach dem Beginn der Schuldenkrise verleihen die Banken noch immer keine neuen Gelder, und so geben eine kleine Zahl von Staaten und eine grössere Zahl von Gesellschaften in den Entwicklungsländern Obligationen auf den internationalen Finanzmärkten aus. Wie die mexikanische Krise vom Januar 1995 zeigte, kann ein Grossteil dieser Art von Investitionen so rasch verschwinden wie sie gekommen sind, nicht zuletzt, weil darin ein erheblicher Teil zurückfliessenden Fluchtkapitals enthalten ist.

### Asiatische Tiger schüren Exportwettlauf

2.11 Die Handelsmuster weisen ebenfalls eine ähnliche Konzentration auf die Märkte der grossen Industrieländer und einer Reihe von dynamischen Schwellenländern auf. Die Gesamtausfuhren Afrikas machten etwa 2% der Ausfuhren der Industriestaaten aus und werden 1995 vermutlich um dürftige 2,5% wachsen. Im Gegensatz hierzu sind die jährlichen Ausfuhren von Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan sechsmal so gross wie die von ganz Afrika und wachsen nach zwei Jahrzehnten zweistelliger Zuwachsraten vor dem Komma noch immer um 11 pro Jahr. Die Länder, die Grundstoffe exportieren, konnten ihre Exporteinnahmen nicht erhöhen, und zwar nicht zuletzt wegen der lang anhaltenden Schwäche der meisten Grundstoffpreise. Die Länder mit hohen Sparraten und relativ geringen Auslandsanleihen, die in die verarbeitende Industrie expandierten, und zwar häufig durch den Zustrom von TNG-Investitionen, haben sehr viel besser abgeschnitten. Infolgedessen sind nicht nur ihre Ausfuhren in die Industrieländer gestiegen, sondern auch ihre Einfuhren. So nahmen beispielsweise die US-Ausfuhren in Entwicklungsländer von 1990 bis 1993 jährlich um 12% zu, wuchsen jedoch im gleichen Zeitraum nur um 2% in die von der Rezession betroffenen Industriestaaten.

### Märkte und Arbeitsplätze ziehen gen Osten

2.12 Sowohl der Handel als auch die Investitionen wachsen rascher als die weltweite Produktion, und daher hängen heute immer mehr Arbeitsplätze vom Weltmarkt ab. Die TNG haben die wichtigsten Verbrauchermärkte in den Industrieländern mit einer relativ kleinen Zahl von rasch expandierenden ost- und südostasiatischen Ländern verbunden.

Ursprünglich waren die TNG - Investitionen und die Auftragsvergabe in dieser Region fast ausschliesslich auf die Exportproduktion ausgerichtet. Jetzt expandieren die lokalen Verbrauchermärkte und ziehen eine neue Welle von Investitionen und einen steilen Anstieg der Einfuhren nach sich. Angesichts der Aussicht einer Übertragung dieses Booms auf China, Indien und Vietnam könnte Asien als Brennpunkt auf dem Weltmarkt schon Anfang des nächsten Jahrhunderts ein Rivale Europas und Nordamerikas werden. Die Erholung Lateinamerikas von der Schuldenkrise steht immer noch auf wackligen Füßen und ist in hohem Masse von den Entwicklungen in Nordamerika abhängig. Wie auch Mittel- und

### *DIE ZERSCHLAGUNG VON GEWERKSCHAFTEN IN PAKISTAN*

Die pakistanischen Gewerkschaften, die lediglich 6% der Beschäftigten organisieren, leiden unter der systematischen Verweigerung der Vereinigungsfreiheit durch die Interessengemeinschaft zwischen Regierung und Arbeitgebern. Ein krasser Fall aus der jüngeren Vergangenheit ist der vierjährige Kampf um die Gründung einer Gewerkschaft bei dem Autobahnbauprojekt des multinationalen Unternehmens Daewoo, das Koreanern gehört. Die Behörden räumten Daewoo im Mai 1992 als Bestandteil eines Investitionsanreizpaketes die Ausnahme vom Arbeitsgesetz ein. Gegen Ende des Jahres 1992 unterstützte die IBFG-Mitgliedsorganisation Allpakistanischer Gewerkschaftsbund (APFOL) die Beschäftigten bei Daewoo, die die Awami-Gewerkschaft gründen wollten. Am 21. Dezember 1992 wurde der Antrag auf offizielle Zulassung beim Gewerkschaftsregistrator gestellt. Er stellte die Annahme zurück und rief, die antigewerkschaftliche Haltung von Daewoo unterstützend, das Berufungsgericht für Arbeitsfragen an, damit dieses die Zulassung blockiere.

Daewoo leitete unverzüglich eine niederträchtige Unterdrückungskampagne gegen die Organisierungsbemühungen ein. Es kam zu Festnahmen und Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären. Die inhaftierten Beschäftigten wurden häufig von der Polizei gefoltert, um sie dazu zu bewegen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Ein Gerichtsbeschluss von Anfang 1993 stellte fest, dass Daewoo verpflichtet sei, die Verordnung über die Arbeitsbeziehungen des Landes (von 1969) zu befolgen, worin das Vereinigungsrecht verankert ist, und ordnete die Wiedereinstellung der entlassenen Beschäftigten an. Allerdings erklärte die Regierung von Pakistan im Februar 1993 das Daewoo-Bauprojekt zu einem "grundlegenden Dienst", und damit wurde es erneut aus der gewerkschaftlichen Organisierungssphäre herausgenommen. Die APFOL leitete daraufhin eine Berufungsklage gegen Daewoo ein. Einschüchterung, Unterdrückung und Entlassungen dauerten fort, während der Fall von den Gerichten verschleppt wurde. Bis Ende 1994 waren über 1.000 Beschäftigte entlassen worden, und etliche Dutzend weitere Arbeiter waren der Polizeigewalt zum Opfer gefallen.

1993 reichten der IBFG und der IBBH wegen des Daewoo-Falles beim IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit Klage ein und warfen der Regierung von Pakistan die Verletzung von Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und Übereinkommen 98 über Tarifverhandlungen vor. Im Juni 1994 ersuchte der (AA-Verwaltungsrat die Regierung von Pakistan, die Awami-Gewerkschaft unverzüglich offiziell einzutragen. Ausserdem wurde eine Untersuchung der antigewerkschaftlichen Taktiken des Daewoo-Konzerns verlangt.

Ein lang erwarteter Gerichtsbeschluss vom November 1994 nahm den APFOL-Fall gegen Daewoo wieder auf und ersuchte das örtliche Arbeitsgericht, die Zulassung erneut zu prüfen. Neuerliche juristische Verzögerungen und Einsprüche brachten den Fall erneut zum Stillstand. Am 27. März 1995 beschloss das Arbeitsgericht von Punjab die rechtliche Anerkennung und erklärte, dass "die Gewerkschaft binnen der kürzestmöglichen Frist zugelassen werden soll". Erneut brachte Daewoo Verzögerungstaktiken ins Spiel, die von den Behörden stillschweigend geduldet wurden. Seither arbeiten von Daewoo gedungene Schläger und die Polizei gemeinsam an der Verhinderung der Vereinigungsfreiheit, indem sie drohen und prügeln. Anfang 1996 stand noch immer die spezifische gerichtliche Anordnung aus, mit der die Gewerkschaft für die Daewoo-Beschäftigten rechtsgültig würde. Die Gewerkschaften fürchten, dass Daewoo und die Behörden auch weiterhin diese "Hindernisse" aufbauen werden, bis das Autobahnbauprojekt abgeschlossen ist. Sie beabsichtigen jedoch nicht, ihren Kampf um die Gewerkschaftsfreiheit aufzugeben.

QUELLE: ALL PAKISTAN FEDERATION OF LABOUR (APFOL),  
INTERNATIONALER BUND DER BAU- UND HOLZARBEITER UND IBFG

Osteuropa hat diese Region nicht im gleichen Umfang wie Asien private Investitionen anziehen können. Trotz einer kurzen Phase des Optimismus nach dem Friedensabkommen zwischen Israel und der PLO bleibt der Nahe Osten ein Randseiter für alles, was ausserhalb der globalen Pläne der Erdöl-TNG steht. Und die ärmsten afrikanischen Länder mit ihrer grossen Zahl von Selbstversorger-Bauern laufen Gefahr, völlig auf der Strecke zu bleiben.

Handelsagenda von  
Grosskonzernen  
bestimmt

2.13 Viele dieser Änderungen auf dem Weltmarkt sind eingetreten, bevor die multilateralen Handelsvereinbarungen der Uruguay-Runde unterzeichnet wurden oder unabhängig von diesen Verhandlungen. In vielerlei Hinsicht waren die GATT-Verhandlungen der Versuch der grossen TNG, ihre kommerziellen Verbindungen zu den neuentstehenden Märkten der Entwicklungsländer zu sichern und die offeneren weltweiten Arbeitsmärkte zu nutzen. Noch bevor die Bestimmungen der Uruguay-Runde durchgeführt worden wären, finden bereits Gespräche über neue Vereinbarungen in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Rechte ausländischer Investoren statt. Die Wirtschaftsagenda wird kräftig von ganzen Heerscharen professioneller Lobbyisten und "think tanks" (Denkfabriken) in den wichtigsten Hauptstädten und bei der neuen Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben. Die TNG drängen die Regierungen auch, den Prozess der Liberalisierung von Handel und Investitionen durch regionale Pakte wie APEC, ASEAN, Mercosur und NAFTA und durch bilaterale Vereinbarungen zwischen den grössten Industrieländern und ihren wichtigsten Partnern in den Entwicklungsländern zu beschleunigen. Diese von TNG betriebene globale Integration vertieft die sozialen Gräben in und zwischen den Ländern - und schadet dem Investitionsklima, das die Gesellschaften verbessern wollen. Nach dem erfolgreichen Einsatz des IBFG für die Aufnahme einer weltweiten Sozialagenda beim Gipfel von Kopenhagen stellt sich nun die Frage, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung dafür sorgen kann, dass die Anliegen der Beschäftigten ein fester Bestandteil des internationalen rechtlichen Rahmens für Handel und Investitionen werden.

## INTERNATIONALE ARBEITSNORMEN UND DER WELTMARKT

Rückbesinnung auf  
soziale Prioritäten

2.14 In den seit der Verabschiedung der UN-Charta vergangenen 50 Jahren haben die Regierungen offensichtlich vergessen, wozu die internationale Zusammenarbeit gut ist. In San Francisco wurde 1945 bei der Formulierung der Charta viel tiefgreifender darüber reflektiert, welche Grundsätze die Regierungen dazu ermutigen würden, auf internationaler Ebene zur Bewältigung der Weltprobleme zusammenzuarbeiten. Die Charta nennt als Ziele der Vereinten Nationen:

"grundlegende Menschenrechte";  
"Gleichberechtigung von Mann und Frau"; und  
"sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei  
grösserer Freiheit".



Schlüsselrolle für IAO

2.15 Im System der Vereinten Nationen hat die Internationale Arbeitsorganisation, das einzige weltweite Forum mit dreigliedriger Vertretung, einen internationalen Kodex von Arbeitsnormen für die Mitgliedsstaaten zur Verwendung als Leitsätze für ihre eigene Gesetzgebung erarbeitet. Für den IBFG sind die Kernübereinkommen der IAO von grundsätzlicher Bedeutung für die Gewährleistung, dass der Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt nicht zu einem verheerenden, abwärtsgerichteten Teufelskreis bei den Arbeits- und Lebensbedingungen führt.

Eigentlicher Inhalt der Sozialklausel

2.16 Die Frage der Kopplung dieser Normen an den Prozess einer weiteren Handelsliberalisierung, der durch das neue multilaterale Handelsabkommen in Gang gesetzt wurde, durch eine Sozialklausel, gehört zu den kontroversesten, mit denen sich die neue Welthandelsorganisation befassen muss. Allerdings war die Debatte über die Sozialklausel bisher von jenen beherrscht, die ein eindeutiges Interesse daran haben, die Normen niedrig zu halten. Es ist die Aufgabe des IBFG, sich zu bemühen, die wahre Botschaft über die Sozialklausel zu vermitteln:

- i) Bestimmte internationale Arbeitsnormen stellen grundlegende Menschenrechte für die Beschäftigten dar und sollten in die Sozialklausel aufgenommen werden. Wir propagieren keinen weltweiten Mindestlohn - aber wir wollen die Regierungen davon abhalten zu versuchen, einen Wettbewerbsvorteil aus der Unterdrückung, der Diskriminierung und der Ausbeutung zu ziehen.
- ii) Eine solche Sozialklausel wird Märkte öffnen; Wachstum steigern; Arbeitsplätze schaffen; und die Vorteile des Handels gerechter verteilen.
- iii) Die Verbindung der Arbeitnehmerrechte und des Handels durch eine Sozialklausel ist ein schrittweises Verfahren, das offen, fair und multilateral sein muss; und das die Lösung von Problemen auf dem Verhandlungswege zulässt.
- iv) Sanktionen sollten allein jenen Ländern vorbehalten bleiben, die die Bedingungen der Klausel oder deren Durchführung ablehnen.

## GRUNDLEGENDE INTERNATIONALE ARBEITSNORMEN

Die für den IBFG unerlässlichen Kernarbeitsnormen...

2.17 Der IBFG strebt eine Sozialklausel an, die auf den sieben Kernübereinkommen der IAO fusst:

- Übereinkommen 29 und 105 über die Abschaffung von Zwangsarbeit;
- Übereinkommen 87 und 98 über das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen;
- Übereinkommen 111 und 100 über die Verhinderung von Diskriminierung bei der Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für gleichwertige Arbeit; und
- Übereinkommen 138 über das Mindestbeschäftigungsalter (Kinderarbeit).

...sind weitenteils  
anerkannt...

2.18 Diese Normen zählen zu den meiststratifizierten Normen der IAO. Nahezu 100 Staaten haben mindestens fünf der sieben Übereinkommen ratifiziert. Sie sind keine Industrieländernormen; sie sind aus folgenden Gründen die weltweit am meisten akzeptierten Normen:

- i) Sie verbriefen das Recht der Beschäftigten, Gewerkschaften zu gründen, ihnen beizutreten und Tarife auszuhandeln, die für den Entwicklungsstand ihres Landes gerecht und angemessen sind.
- ii) Sie verbieten Zwangs- oder Sklavenarbeit, die es den Beschäftigten unmöglich machen, ein Mitspracherecht über ihren Arbeitsort und die Arbeitsbedingungen wahrzunehmen.
- iii) Sie sind bestrebt, die Diskriminierung in der Beschäftigung zu beenden, die bestimmte Gruppen von Beschäftigten, wie Frauen, von den Vorteilen des wachsenden Handels ausschliesst.
- iv) Sie sind bestrebt, die kommerzielle Ausbeutung von Kindern zu beenden und werden die Grundlage eines Hilfsprogrammes für Gemeinwesen und Familien bilden, die zu Überlebenszwecken auf Kinderarbeit angewiesen sind.

...und werden  
dauerhaftes,  
ausgewogenes,  
weltweites Wachstum  
begünstigen

2.19 Die universelle Einhaltung der sieben grundlegenden IAO-Normen würde die extremsten Formen der Ausbeutung und einen mörderischen Wettbewerb verhindern. Die komparativen Vorteile der Entwicklungsländer würden dadurch nicht aufgehoben; es würde vielmehr ein Prozess in Gang kommen, in dem das Entgelt und die Arbeitsbedingungen mit einem sich ausweitenden Handel allmählich verbessert werden könnten. Dies würde das Wachstum der Verbrauchermärkte anregen und somit sowohl inländische als auch ausländische Investitionen und, was am wichtigsten ist, die Beschäftigung ankurbeln. Es würde zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Expansion des Welthandels und eines reibungsloseren Prozesses der Anpassung an die Veränderungen in der weltweiten Arbeitsteilung beitragen.

IBFG-Vorschlag zum  
Wortlaut der  
Sozialklausel

2.20 Der IBFG muss sich dafür einsetzen, die Aufnahme einer Sozialklausel in die WTO und ähnliche internationale Vereinbarungen zu erreichen. Sie sollte etwa wie folgt formuliert sein:

"Die Vertragsparteien kommen überein, Massnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der von einem von der WTO und der IAO einzurichtenden Beratungsausschuss im einzelnen festgelegten Mindestarbeitsnormen sicherzustellen, einschliesslich derjenigen zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Tarifverhandlungen, zum Mindestbeschäftigungsalter, zur Diskriminierung, zum Entgelt und zur Zwangsarbeit".

## **DIE WELTÖFFENTLICHKEIT VON DER SOZIALKLAUSEL ÜBERZEUGEN**

Überzeugende  
Argumente

2.21 Das Ziel der Sozialklausel ist die Gewährleistung der Förderung eines Handels, der Hand in Hand mit der Möglichkeit der Ausübung der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmerschaft geht. Sie würde die politische Autorität der WTO stärken und Welthandelshemmnisse eher durchbrechen statt aufbauen. Sie wäre ein Mittel zur Lösung von Streitigkeiten, die, falls sie ungelöst fortbeständen, den protektionistischen Druck vergrössern können. Und sie würde dazu dienen, den Zugang von Entwicklungsländern zu den Weltexportmärkten zu fördern.

Verantwortungsbewussten Unternehmen helfen

2.22 Die Sozialklausel befasst sich unmittelbar mit dem Verhalten jener transnationalen Gesellschaften (TNG, die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften und geringen Normen ein Land gegen ein anderes auspielen. Die IBS haben auf die wachsende Nachfrage der Gewerkschaften in den Gastländern nach Unterstützung im Umgang mit diesen unverantwortlichen TNG reagiert. Eine Reihe von beachtlichen Durchbrüchen konnten IBS erzielen, die durch Verhandlungen mit TNG im Herkunftsland in der Lage waren, neue und bessere Arbeitsformen, auch Schulung, bessere Löhne und sogar bessere Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen einzuführen, die zu einer Produktivitätssteigerung führten. Solche Gesellschaften sehen sich jedoch dem unlauteren Wettbewerb von antigewerkschaftlich eingestellten, die Normen umgehenden TNG ausgeliefert. Im Zuge ihrer Kampagne für eine Sozialklausel muss die internationale Gewerkschaftsbewegung eine verbesserte Zusammenarbeit mit verantwortungsbewussten TNG entwickeln, um beiderseitig annehmbare Normen, wie sie in einer Sozialklausel festgeschrieben wären, zu fördern.

WTO/IAO-Zusammenarbeit

2.23 Ein gemeinsames WTO/IAO-Beratungsgremium könnte die Umsetzung der Sozialklausel überwachen. In regelmässigen Abständen, oder falls es Klagen geben sollte, würde dieses gemeinsame Gremium prüfen, ob die sieben Kernübereinkommen der IAO eingehalten werden. Aus dem Bericht würde je nach Sachlage hervorgehen, dass die Normen eingehalten werden, oder dass bestimmte Änderungen im Arbeitsgesetz und in der Praxis erforderlich sind. Im letzteren Fall würde der Bericht Empfehlungen an das betroffene Land zu den erforderlichen Änderungen enthalten, und im Bedarfsfall würde die IAO anbieten, den Ländern dabei zu helfen, diese Ziele zu erreichen.

Förderung des Wandels durch Dialog...

2.24 Es würde dann ein weiterer Bericht folgen, nachdem die Regierung ausreichend Zeit hatte, um die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Dieser zweite Bericht könnte aufzeigen, dass das Land sich nunmehr an die festgelegten Normen hält oder dass das Problem zwar noch nicht gelöst wurde, Fortschritte jedoch erzielt wurden oder aber, dass die Regierung keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit in dieser Hinsicht gezeigt hat.

2.25 Sollten Fortschritte gemacht worden sein, wäre nach Ablauf von ein oder zwei weiteren Jahren erneut ein Bericht zu erstellen.

2.26 Falls die betroffene Regierung eindeutig die Empfehlungen der IAO missachtet, sollte sie gewarnt werden, dass sie noch eine Frist von einem Jahr zur Zusammenarbeit gewährt bekäme.

...Sanktionen den notorisch Uneinsichtigen vorbehalten

2.27 Sollte weiterhin kein Fortschritt eintreten, würde die Angelegenheit dem WTO-Rat zur Erwägung von Massnahmen zur Gewährleistung einer konstruktiven Reaktion der betroffenen Regierung überstellt werden.

Klares und gerechtes Verfahren

2.28 Ein solches schrittweises Verfahren enthält alle Elemente der Transparenz, der Vorhersehbarkeit und der Objektivität, die ein wirksames multilaterales System benötigt. Es baut auf der anerkannten Kompetenz der IAO auf. Es räumt ferner genügend Zeit ein, um Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Es vermeidet die Gefahr, dass grosse Handelsnationen versuchen könnten, kleineren Ländern die Bedingungen für einen Marktzugang zu diktieren. Und es ist unparteiisch. Alle Länder würden vor den universellen Normen der gleichen sorgfältigen Prüfung unterzogen. In allen Fällen würden ganz und gar transparente Verfahren

angewandt, die keinen Spielraum für Missbrauch zu protektionistischen Zwecken lassen würden. Eine international anerkannte Sammlung von Mindestnormen, die durch eine Sozialklausel durchgeführt würden, würde eine sehr viel sicherere Methode zur Vermeidung des Protektionismus darstellen als der wachsende Rückgriff auf bilaterale Vereinbarungen.

### *KONZERNVERHALTENSKODEXE: DIE GLAUBWÜRDIGKEITSLÜCKE SCHLIESSEN*

Eines der Merkmale der neuen internationalen Arbeitsteilung sind die Bemühungen von grossen Herstellern und Vertreibern, jegliche Verantwortung für die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei Subunternehmern, die Erzeugnisse herstellen, die anschliessend ihren Markennamen tragen werden, abzulehnen bzw. zu dementieren. Die wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und der Druck von den Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen hat ihnen dies erschwert. In den letzten Jahren haben mehrere Gesellschaften, vor allem im Bekleidungs-, Schuh- und Einzelhandelssektor und vorwiegend in den Vereinigten Staaten ansässig, Verhaltenskodexe über die Behandlung der Beschäftigten in den Fabriken verabschiedet. Sie nehmen für sich in Anspruch, dass diese Kodexe nicht nur in den Fabriken, die dem Unternehmen direkt gehören, gelten, sondern auch in den Fabriken ihrer Zulieferer und Subunternehmer. Viele der Kodexe scheinen lediglich PR-Übungen zu sein, und es mangelt ihnen an Glaubwürdigkeit.

In den meisten Kodexen wird versprochen, international anerkannte Arbeitsnormen wie das Verbot der Kinderarbeit und der Zwangsarbeit zu achten. Andere Normen, wie das Recht der Beschäftigten, Gewerkschaften beizutreten, werden gewöhnlich ausgelassen. Allerdings versprechen die Kodexe ausdrücklich, das nationale Arbeitsgesetz zu achten. Da in vielen Ländern, in denen die Herstellung erfolgt, sehr schwache Gesetze gelten oder Freie Exportzonen existieren, in denen die Gesetze nicht zur Anwendung kommen, kann dies eines der ganz wesentlichen Schlupflöcher sein, das es den Gesellschaften ermöglicht, die Anwendung international anerkannter Normen und bester Praktiken zu umgehen. Abgesehen davon sind solche Verhaltenskodexe nicht in einen glaubwürdigen Plan für deren Umsetzung eingebunden, und es mangelt an unabhängigen Möglichkeiten zur Überprüfung der Anwendung. Vielfach haben die Beschäftigten, die durch diese Kodexe geschützt werden sollten, noch nie von ihnen gehört. Ob sie nun Kodexe haben oder nicht, jene Unternehmen, die entschlossen sind, um ihre Verantwortung herumzukommen, werfen unverändert all jenen, die ein Ende der Ausbeutung fordern, vor, Protektionisten zu sein.

Der Vorwurf des Protektionismus zieht nach einer kürzlich von Gewerkschaften angeführten Kampagne nicht mehr, die dazu führte, dass ein Unternehmen sich bereit erklärte, wirklich die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen, unter denen seine Produkte hergestellt werden, zu übernehmen. Als die Beschäftigten bei der Koreanern gehörenden Bekleidungsfabrik Mandarin in El Salvador versuchten, sich gegen die harte und entwürdigende Behandlung zu wehren, zu der es zum Beispiel gehörte, dass man während der Arbeit nicht sprechen durfte, zu der Prügel und sexueller Missbrauch gehörten, wurden ihre Versuche, eine Gewerkschaft zu gründen, brutal unterdrückt. Im Zuge einer niederträchtigen antigewerkschaftlichen Kampagne wurden über 350 der grösstenteils weiblichen Arbeitskräfte entlassen.

In den Vereinigten Staaten baute sich eine Druckkampagne auf, und zwar gegen den grössten Kunden von Mandarin, die US-Ladenkette GAP. Die Kampagne stand unter der Regie von Gewerkschaften, kirchlichen, Verbraucher-, Frauen- und Studentenorganisationen. Zunächst versuchte GAP, einer der grössten Bekleidungsanbieter der Welt, zu dementieren, dass sein Subunternehmen sich der Ausbeutung und der Verletzungen von Menschenrechten schuldig mache. Angesichts der stichhaltigen Belege für den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe und angesichts des wachsenden Drucks, der nun auch von den Aktionären und Politikern kam, kündigte GAP den Rückzug aus El Salvador an. Die Kampagnenführer forderten daraufhin jedoch, dass GAP seinen Beschluss revidiere und statt dessen seinen Einfluss geltend machen sollte, um für den Schutz der Arbeitnehmerrechte zu sorgen.

GAP ist in El Salvador geblieben, hat den bis dato unbekanntem Verhaltenskodex in die Sprachen der 47 Länder übersetzen lassen, in denen Kleidungsstücke für das Unternehmen gefertigt werden, und sorgt nun dafür, dass der Kodex gut sichtbar in jeder Fabrik ausgehängt wird. GAP hat auch die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen in den Fabriken übernommen, in denen seine Produkte hergestellt werden, und sich mit einer unabhängigen Überprüfung der Subunternehmer durch Dritte einverstanden erklärt.

QUELLE: INTERNATIONALE TEXTIL-, BEKLEIDUNGS- UND LEDERARLEITER-VEREINIGUNG

## UNIVERSELLE ARBEITSNORMEN UND DIE KULTURELLE VIELFALT

Gemeinsame  
Grundsätze  
unterschiedlicher  
Kulturen

2.29 Den IAO-Übereinkommen ist die Flexibilität inhärent, so dass sie auf alle Länder, ungeachtet ihres Entwicklungsstandes, anwendbar sind. Die IAO versucht nicht, eine weltweite Harmonisierung der Arbeitsgesetze aufzuzwingen, sondern sie prüft vielmehr, ob Gesetz und Praxis dazu führen, dass die wesentlichen Grundsätze angewandt werden. Das

### *DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE ZUKUNFT DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN ZUSAMMENARBEIT*

1989 wurde in Canberra das Forum für Asiatish-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) gegründet. Es ist beschrieben worden als die regionale Wirtschaftsorganisation, die die am raschesten wachsende Region der Welt vertritt. Die Einzigartigkeit und die potentielle Einflusskraft auf die Weltwirtschaft liegen in dem gigantischen Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Region begründet. Die APEC-Mitgliedsstaaten stehen für 46% der Weltexporte (vor zehn Jahren waren es 37%), 38% der Weltbevölkerung, 53% der Weltproduktion und 42% der Reserven.

APEC erstreckt sich auf 18 Länder und Hoheitsgebiete Asiens und des pazifischen Raums, einschliesslich einiger Länder Amerikas, die ebenfalls Pazifikanrainer sind. Seine Bedeutung ist seit 1989 stetig gewachsen. Zunächst als beratendes Forum zur Förderung einer engeren regionalen Zusammenarbeit gedacht, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Indonesien die APEC-Erklärung von Bogor, in der Pläne für eine völlige Handels- und Investitionsfreiheit in der Region bis zum Jahr 2020 enthalten sind. Allerdings wirft die wirtschaftliche und politische Verschiedenheit der APEC-Staaten ein grosses Fragezeichen auf die Verwirklichung einer solchen APEC-Freihandelszone. Die Befürchtungen, dass APEC zu einem Handelsblock werden könnte, könnten sich durchaus als übereilt erweisen, da es unter den APEC-Mitgliedern äusserst unterschiedliche Vorstellungen von der APEC-Rolle gibt. Was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft, so erstreckt sich die APEC-Region über einige der am höchsten entwickelten Länder der Welt bis zu einkommensschwachen und eher landwirtschaftlich ausgerichteten Ländern. Ausserdem sind darin sowohl langjährige Demokratien vertreten, die nachgewiesenermassen Gewerkschafts- und andere Menschenrechte unterstützen, als auch Diktaturen wie China, in denen freie Gewerkschaften effektiv gesetzlich verboten sind.

Im September 1995 organisierte der IBFG in Australien eine Konferenz für die Mitgliedsorganisationen in der APEC-Region. Dabei wurde das IBFG-Gewerkschaftsnetzwerk Asien/Pazifik eingerichtet. Dessen Ziel ist es, sich für eine soziale Dimension in den APEC-Prozessen mit Vorkehrungen auf verschiedensten Ebenen für regelmässige Beratungen mit den Gewerkschaften einzusetzen. In der Konferenzzerklärung mit dem Titel "Die Rolle der Gewerkschaften in der Region Asien und Pazifik" wurde betont, dass das APEC-Ziel eines breiten gemeinsamen Wirtschaftswachstums erreicht werden kann, vorausgesetzt, APEC bemüht sich um die Beseitigung der Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung am Arbeitsplatz und räumt dem Beitrag, den erwerbstätige Menschen und ihre frei gewählten Gewerkschaften zum Wachstum und zu einer besseren internationalen Zusammenarbeit leisten können, breiteren Raum ein. Die Rengo organisierte im Anschluss daran eine Zusammenkunft von einer Delegation des IBFG-Gewerkschaftsnetzwerks Asien/Pazifik mit dem japanischen Ministerpräsidenten Murayama, dem Gastgeber des APEC-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs 1995. Dieses Treffen fand im Oktober 1995 statt. Ministerpräsident Murayama sagte bei dieser Zusammenkunft zu, sich darum zu bemühen, die Gewerkschaftsvorschläge bei dem APEC-Gipfel in Soak im November 1995 **einzubringen**.

Es wird zweifelsohne eines langjährigen Einsatzes bedürfen, um die Rolle der Gewerkschaften und eine soziale Dimension in den APEC-Prozess zu integrieren. Die nächsten Gipfeltreffen werden in den Philippinen (1996), in Kanada (1997) und in Malaysia (1998) stattfinden. Der IBFG wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften in den gastgebenden Ländern darum bemühen, sicherzustellen, dass Arbeits- und Sozialfragen auf die Tagesordnung dieser Sitzungen gesetzt werden und dass in den kommenden Jahren das IBFG-Gewerkschaftsnetzwerk Asien/Pazifik eine einflussreiche Position entwickelt.

QUELLE: IBFG UND APRO

gleiche würde für die Normen gelten, die der IBFG zur Aufnahme in die Sozialklausel vorschlägt. Abstriche können bei den Grundsätzen, die in diesen Normen verankert sind, nicht gemacht werden; wie sie jedoch in Gesetz und Praxis übertragen werden, wird je nach Institutionen und Gepflogenheiten des jeweiligen Landes unterschiedlich sein. Der Gedanke, dass die Sozialklausel nationale Kulturen bedroht, ist ein Mythos, der von einschlägigen Interessensvertretern geschaffen wurde. In Wirklichkeit ist es der allgegenwärtige Kommerzialisierung des freien Marktes, der die wahre Gefahr darstellt. Nationale Kulturen können nicht überleben, wenn die Menschen nicht befugt sind, den Markt zu ihrem eigenen Nutzen und zum Nutzen ihrer Gemeinwesen zu kontrollieren. Die Sozialklausel würde die Menschen und ihre Gemeinwesen effektiv dazu ermächtigen, ihre kulturelle Identität zu bewahren.

## DIE ROLLE DER HANDELSPOLITIK BEI DER AUSMERZUNG DER KINDERARBEIT

Helfen, damit Kinder  
nicht in Fabriken,  
sondern in die Schule  
gehen

2.30 Die internationale Staatengemeinschaft ist verpflichtet, den armen Ländern zu helfen, sich von der Armut zu befreien, die ihre Kinder zwingt zu arbeiten; und ihnen zu helfen, Bildungsprogramme zu finanzieren, die diese Kinder wieder in die Schule zurückkehren lassen. Der erste Schritt müssen jedoch strenge Gesetze sein, die es den Arbeitgebern verbieten, Kinder als billige Arbeitskräfte einzusetzen. Die Sozialklausel wird gewährleisten, dass jene Länder, die wirklich einen Reformkurs eingeschlagen haben und versuchen, ihre Kinder vor Ausbeutung und Missbrauch zu schützen, nicht von Ländern, die weniger Skrupel haben, ausgebootet werden.

## ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄREN HAUPTNUTZNIESSER DER SOZIALKLAUSEL

Demokratische  
Entwicklungsländer  
würden am meisten  
gewinnen

2.31 Die Position des IBFG - und die aller unabhängigen und demokratischen Gewerkschaften - besagt, dass die Absenkung der Normen, die Verweigerung der Rechte und die Ausbeutung am Arbeitsplatz verboten werden sollten und dass dieser Grundsatz die Interessen der Beschäftigten in den Industrie- und den Entwicklungsländern widerspiegelt.

Und ihr Voran-  
kommen...

2.32 Wir glauben, dass die letztendliche Stärke einer international verabschiedeten Sozialklausel darin besteht, dass jene Entwicklungsländer geschützt würden, die versuchen, den Lebensstandard der Beschäftigten in ihrem Lande zu verbessern, und zwar vor dem Wettbewerb von Ländern, die die Ausbeutung von Beschäftigten unverändert weiter zulassen.

...erleichtert den  
Industrieländern die  
Anpassung

2.33 Auch die Industrieländer würden von einer Sozialklausel profitieren. Eine ausgewogenere Entwicklung der Verbrauchermärkte weltweit würde weiteres Wachstum erzeugen, jedoch nicht bedeuten, dass keine Arbeitsmarktanpassungen mehr erforderlich sind. Diese Anpassungen wären jedoch vor dem Hintergrund einer gemeinschaftlichen Sammlung von Kernprinzipien für die Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter zu rechtfertigen. Durch ein weiteres Wachstum des Welthandels würden sich ferner sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben.

## REFORM DES INTERNATIONALEN FINANZSYSTEMS

Finanzsystem  
reparieren, bevor es  
zerbricht

2.34 Es läuft eine grosse Debatte über das internationale Finanzsystem. Die zweite mexikanische Schuldenkrise; der Fortbestand der Anpassungsprobleme in Afrika; die Notwendigkeit, die mittel- und osteuropäischen Länder ebenso wie die Republiken der ehemaligen UdSSR zu unterstützen; das gestiegene Risiko grosser Bankenkrähe und die Gefahr, dass die Wechselkursschwankungen einen nachhaltigen Aufschwung in den Industrieländern schwächen könnten - all dies weist auf die klare Notwendigkeit der drastischen Reform hin. Bisher haben die G-7-Finanzminister dem Ruf nach Wandel getrotzt, aber aufgrund der Gefahr, dass es noch zu weiteren grossen Schocks kommen könnte, steigt auch der Druck.

### *BESEITIGUNG VON KINDERARBEIT IN PAKISTANS PROVINZ NORTH-WEST FRONTIER*

Für die Zwecke einer Studie über Kinder, die in Ziegeleien am Rande von Haripur in Pakistan arbeiten, befragte der Allpakistanische Gewerkschaftsbund (APFOL) 40 Kinder und deren Eltern am Arbeitsplatz. Unter Bewachung der Fabrikeigner leben die Familien in abgeschotteten Lagern, weit entfernt von der übrigen Bevölkerung. Sie alle stecken in der Schuldknechtschaft - mit anderen Worten: der Fabrikbesitzer zählt auch sie zu seinem Eigentum, und sie müssen so lange arbeiten, bis sie die bei ihm gemachten Schulden plus Zinsen zurückgezahlt haben. Die Familien werden so streng überwacht, dass der APFOL-Vertreter bei Versuchen, in das Lager hineinzukommen, dreimal angeschossen und am Bein verletzt wurde.

Schuldknechtschaft ist in der Verfassung von Pakistan verboten, und 1992 wurde ein besonderes Gesetz über das System der Schuldknechtschaft verabschiedet. Und trotzdem besteht die Schuldknechtschaft fort, und die feudalen Landbesitzer und Fabrikeigentümer wenden dieses System weiterhin ganz ungeniert an. Nur wenigen Menschen ist es gelungen, ihre Schulden abzuführen und sich aus der Schuldknechtschaft zu befreien. So werden häufig Kinder in die Sklaverei hineingeboren.

Die APFOL ist gegen die Schuldknechtschaft und die Ausbeutung von Kindern und organisiert ein Projekt mit den 40 befragten Kindern. Die finanzielle Unterstützung hierfür stellen die Rengo (Japan) und die LO (Norwegen) zur Verfügung. Über das Projekt sind die Schulden der Kinder beglichen worden, so dass sie nicht mehr länger gezwungen sind zu arbeiten, und sie gehen zur Schule. Die APFOL hofft, dass die Zahl der Kinder, die in das Projekt einbezogen werden können, 1996 auf 100 ausgeweitet werden kann.

Obwohl das Hauptziel des Projektes darin besteht, sicherzustellen, dass die Kinder eine Schulerziehung erhalten, wird damit auch die Hoffnung verbunden, dass die Kinder und ihre Familien sich ihrer Situation in der Schuldknechtschaft bewusst werden und dass sie ermutigt werden, Organisationen für Ziegeleiarbeiter zu gründen.

*QUELLE: APFOL UND rBFG*



Das Neun-Punkte-  
Programm des IBFG für  
eine Reorientierung  
von IWF und Weltbank

2.35 Der IBFG verfolgt das Ziel, den IWF und die Weltbank dahingehend zu beeinflussen, folgendes einzuführen:

- i) neue Kriterien für die Auswertung des Nutzens von Investitionen in soziale Programme für die Gesellschaft und die Wirtschaft, damit die Ausgaben in diesen Bereichen Priorität eingeräumt bekommen, statt dass sie die Zielscheibe für schadenbringende Kürzungen sind;
- ii) eine internationale Besteuerung der Devisenkäufe für kurzfristige Spekulationszwecke und die Verwendung des Ertrags zur Heraufsetzung der Hilfsleistungen für Entwicklungsländer;
- iii) neue Bestimmungen zur Beschneidung der "Casino-Kultur" des Derivatemarktes und anderer Märkte mit hohen Risiken;
- iv) eine Heraufsetzung der IWF-Quoten für die Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen, so dass Marktformen eher schrittweise eingeführt werden können, ohne zu sozialen Verwerfungen zu führen, und gleichzeitig das Wachstum erhalten bleibt;
- v) eine Erhöhung der Sonderziehungsrechte des IWF, gekoppelt mit einem neuen System der Anleihe bei Ländern mit starken Währungen, so dass die Entwicklungs- und Übergangsländer Reserven aufbauen können, um sich vor kurzfristigen Schocks zu schützen;
- vi) eine stärkere Überwachung der Steuer- und Geldpolitik der grössten Überschuss- und Defizitländer, um Problemen vorzugreifen, die andernfalls schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und den sozialen Schutz haben könnten, verbunden mit gestärkten Verfahren zur Förderung der Koordinierung von Wachstumspolitiken;
- vii) einen neuen Ansatz bei der Konditionalität, der darauf abzielt, jenen Ländern, die die Menschen- und Gewerkschaftsrechte achten, die Militärausgaben verringern und die Mittel in Investitionen in die Bildung und Gesundheit sowie in andere produktive oder arbeitsplatzschaffende Aktivitäten hineinstecken, eine höhere und längerfristige finanzielle Unterstützung zu gewähren;
- viii) eine engere und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem IWF, der Weltbank und anderen wichtigen internationalen Entwicklungsorganisationen wie der IAO und dem UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen); und
- ix) einen verbesserten Dialog zwischen dem IWF und der Weltbank und den Gewerkschaften sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Wachstumspotential  
ausschöpfen

2.36 Das Versäumnis bei der Koordinierung hat alle Länder in die Zurückhaltung hineingepresst, obwohl es keineswegs so wäre, dass es weltweit an Kapazitäten mangelte oder die Inflation wieder aufkäme. Die IBFG-Vorschläge sollen erstens dazu dienen, die einzelstaatlichen Regierungen davon abzuhalten, ihre Probleme zu exportieren und sich darauf zu verlassen, dass andere Länder die Führungsrolle auf dem Weg zum raschen und stetigen Wirtschaftswachstum übernehmen. Die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen den Ländern ist wesentlich für die Gewährleistung einer breit angelegten Expansion, die umfangreiche und untragbare Zahlungsbilanzungleichgewichte und Wechselkurschwankungen vermeidet.

Spekulanten sollen zahlen...	2.37 Ein zweites Ziel ist die Dämpfung der Spekulation, indem sie für die Finanzmakler kostspieliger gemacht wird und so das Risiko eines weitreichenden finanziellen Zusammenbruchs reduziert wird.
...und soziale Prioritäten verfolgt werden	2.38 Drittens würde das IBFG-Paket die Regierungen und die internationalen Organisationen darin bestärken, die eigentlichen sozialen Probleme, die gewöhnlich die Wurzel finanzieller Spannungen sind, anzupacken. Es würde demokratische Regierungen unterstützen, die eine Strukturanpassung mit sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen anstreben.
Der Weltmarkt braucht weltweite Regeln als Stütze koordinierter Politiken	2.39 Demokratische Regierungen können sich um ihre Verantwortung nicht drücken und ihre Bürgerinnen und Bürger den rohen und willkürlichen Kräften des freien Marktes ausliefern. In einer sehr viel offeneren Weltwirtschaft und bei einem ebenfalls weltweiten Arbeitsmarkt müssen die Regierungen einen neuen institutionellen Rahmen für die staatlichen Politiken schaffen, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse des Marktes sozial gerecht sind. Ein solcher neuer Ansatz muss auf einer viel engeren internationalen Koordinierung und der Erkenntnis fassen, dass die Stärkung und Ausweitung der Demokratie für die nachhaltige Entwicklung wesentlich sind.

## DIE INTEGRATION DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIKEN

- Aufbau weltweiter  
Solidarität... 2.40 Der Sozialgipfel der Vereinten Nationen zeigte, dass die Gewerkschaften nicht die einzigen sind, die die Richtung in Frage stellen, in die die Weltmarktkräfte die Welt führen. Zu einer Zeit, in der viele Regierungen von Industriestaaten und ihre Wählerinnen und Wähler mit ihren eigenen sozialen Problemen beschäftigt sind, ist es besonders wichtig zu zeigen, dass die weltweite Solidarität ein unerlässlicher Bestandteil von Massnahmen ist, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ausmerzung der Armut im eigenen Land, aber auch in den Entwicklungsländern, erforderlich sind. Die Marktlösung für die Wohlhabenden angesichts der zunehmenden Armut besteht darin, private Wachdienste anzuheuern und riesige Zäune um ihre Anwesen zu ziehen. Eine ähnliche Abschottungstaktik angesichts der globalen Sozialkrise der Welt wäre verheerend.
- ...beginnt am  
Arbeitsplatz 2.41 Sicherzustellen, dass die Grundsätze der demokratischen Regierung nicht vom Markt ausgehöhlt werden und dass die erwerbstätigen Männer und Frauen in der Lage sind, ihre eigene Zukunft zu beeinflussen, erweist sich als Nagelprobe. Nirgends ist dies akuter als am Arbeitsplatz. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erleben hautnah die Wirklichkeit des Weltmarktes. Sie erleben die Spannungen und die Gefahren genauso wie das Potential, das er für die Verbesserung der Aussichten von Millionen von Menschen birgt, die ein Randseiterdasein führen und um die einfachsten Dinge kämpfen, derer es für ein menschenwürdiges Leben bedarf. Eine Weltwirtschaft, die allein von den freien Marktkräften gesteuert wird, muss zugunsten wirtschaftlicher Zusammenarbeit und sozialer Solidarität abgelehnt werden.
- Ungezügelter Märkte  
sind sozial destruktiv 2.42 Unsere Erfahrung zeigt, dass Gesetze erforderlich sind, um zu verhindern, dass Mächtige und Wohlhabende die weniger Privilegierten ausbeuten. Private Investitionen können die Mängel des Marktes nicht beheben, können den Grundbedarf der grossen Mehrheit der Bevölkerung nicht decken. Menschen sind keine Güter, die man kaufen und verkaufen kann. Sie verlangen, über ihr Leben und die Zukunft ihrer Gemeinwesen mitzubestimmen. Die Märkte müssen innerhalb eines institutionellen Rahmens operieren, der im wesentlichen von Regierungen, aber auch von Organisationen der Zivilgesellschaft, wie den Gewerkschaften, geschaffen wird, und dieser Rahmen muss eine Vielzahl von sozialen Wünschen mit den kommerziellen Interessen der Wirtschaft in Einklang bringen. Der rasche Fortschritt der Globalisierung und die Dominanz des Dogmas vom freien Markt haben eine riesige Kluft zwischen der Fähigkeit einzelstaatlicher Regierungen, den negativen Folgen des Marktes entgegenzutreten und sich gleichzeitig dem ständigen Anpassungsdruck an den erbitterten Wettbewerb um Investitionen zu stellen, entstehen lassen.
- Prioritäten des IBFG  
für Massnahmen 2.43 Die Antwort des IBFG auf den wachsenden Druck, der durch diese Unausgewogenheit zwischen der Sozial- und der Wirtschaftspolitik entsteht, ist sein Programm für den Aufbau der globalen Solidarität.

Die Kernelemente hiervon sind:

- i) die Verknüpfung des Handels mit den Arbeitnehmerrechten durch die WTO und die IAO;
- ii) die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsbünden zur Schaffung eines nationalen Konsenses über die Umsetzung der Schlussfolgerungen des Sozialgipfels der Vereinten Nationen;
- iii) die Reform des internationalen Finanzsystems, so dass Geld in Entwicklungsprogramme gesteckt werden kann, die darauf ausgerichtet sind, Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut abzubauen;
- iv) eine Kampagne, damit mehr Hilfsgelder in Entwicklungsländer fließen, insbesondere in Programme zur Ausweitung der Primarschulerziehung und der Gesundheitsversorgung;
- v) die Stärkung der IAO, der internationalen Arbeitsnormen und der Grundsätze der Dreigliedrigkeit;
- vi) der Kampf um eine soziale Dimension beim wirtschaftlichen Umbau der Übergangsländer;
- vii) die Ausmerzung der Kinderarbeit; und
- viii) die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen zur Gewährleistung einer aktiven Beteiligung der Gewerkschaften an der Durchführung des bei der Pekinger UN-Weltfrauenkonferenz verabschiedeten Aktionsprogramms.

### ***BAHNBRECHENDE VEREINBARUNG MIT MULTI ÜBER GLEICHSTELLUNG UND ARBEITNEHMERRECHTE***

1988 unterzeichneten der Generalsekretär der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union (IUL) und der Direktor für Humanressourcen von Danone einen "Gemeinsamen Standpunkt", in dem das Management der transnationalen Gesellschaft (TNG) und die Gewerkschaften, die die Beschäftigten bei Danone vertreten, ihre Bereitschaft erklärten, in vier Bereichen zusammenarbeiten: Schulung und Weiterbildung, Zugang zu Unternehmensinformationen für die Gewerkschaften, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Gewerkschaftsrechte.

Seit der Unterzeichnung dieser Neuland erschliessenden Vereinbarung hat die Gesellschaft sich alljährlich mit den Gewerkschaften getroffen, und zwar unter der Ägide der IUL. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Management ist in jedem einzelnen der vier Bereiche durch eine Reihe von "Rahmenabkommen" vorangekommen, die international getroffen wurden, deren Durchführung jedoch in Verhandlungen auf nationaler oder lokaler Ebene genauer vereinbart wird. In den Rahmenvereinbarungen von 1989 wurde ein Minimum an sozialen und wirtschaftlichen Informationen aufgeführt, die den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften vermittelt werden müssen, damit sie die unterschiedlichen Unternehmenssparten verstehen können. Abgesehen davon enthielten sie eine Vereinbarung über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, in der die Formulierung eines Aktionsplans und gemeinsamer Initiativen zur Erreichung dieses Ziels zugesagt wurden, 1991 kündigten die IUL und Danone die Erarbeitung eines gemeinsamen Schulungsprogramms an, und im Mai 1994 unterzeichneten die IUL und Danone eine historische Charta über Gewerkschaftsrechte, mit der Danone sich verpflichtete, die volle Wahrnehmung der Gewerkschaftsrechte und deren Anerkennung in all seinen Betrieben zu garantieren.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass das örtliche Management nicht immer bereit ist, alle diese Innovationen der Rahmenvereinbarungen in die Praxis umzusetzen, und dass Fortschritte, die auf lokaler Ebene erzielt werden, nicht immer der IUL berichtet werden. Auch haben nicht alle Gewerkschaften die Gelegenheiten genutzt, die solche Rahmenvereinbarungen ihnen geboten haben. So sind zum Beispiel trotz der Tatsache, dass das Unternehmen eine sehr hohe Zahl von Frauen in der Produktion beschäftigt, nur sehr wenige Frauenausschüsse auf Betriebsebene eingerichtet worden, und sehr wenige sind von den Gewerkschaften geschaffen worden. Dennoch haben die Vereinbarungen zu konkreten Programmen hinsichtlich der Gleichstellung und der Schulung auf lokaler Ebene geführt, und sie sind Schritte zum Aufbau internationaler Arbeitsbeziehungen, auf die die Gewerkschaften wiederum angewiesen sind, um sich der Herausforderung der TNG zu stellen. Die Lehre, die man aus der Erfahrung ziehen kann, lautet, dass Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und TNG auf internationaler Ebene die Bedeutung der lokalen Gewerkschaftsorganisationen steigern, statt sie zu mindern.

QUELLE: INTERNATIONALE UNION DER LEBENSMITTEL-, LANDWIRTSCHAFTS-, HOTEL-, RESTAURANT-, CAFÉ- UND GENUSSMITTLARBEITER-GEWERKSCHAFTEN (IUL)